

# Transnationale Lebensweise zwischen Realität und Konstruktion

Keine andere Gruppe wird so sehr mit transnationaler Lebensweise in Verbindung gebracht wie die Roma. Doch was wissen wir über sie? Wer sind die «Roma»? Wie viele von ihnen gibt es? Je nach Quelle sind die Zahlen so verschieden, dass man geneigt ist zu vermuten, diese widerspiegeln eher subjektive Interessen als objektive Tatsachen. Ebenso schwierig ist es, das «Wesen der Roma» zu bestimmen. Nichtsdestotrotz setzte sich in den 1970er Jahren eine transnationale Elite zum Ziel, die Interessen ebendieser Gruppe zu vertreten. Obwohl viel erreicht wurde, scheinen Vorurteile und Ausgrenzungen zu überdauern.

In ihren sozialwissenschaftlichen Untersuchungen stellten János Ladányi und Iván Széleányi fest, dass sich die gesellschaftliche Position der Zigeuner in verschiedenen osteuropäischen Ländern im Laufe der Geschichte stark gewandelt hat. Fleck und Rughinis verweisen ihrerseits auf grosse Diskrepanzen, je nachdem, ob sich Personen selber als Zigeuner definieren, oder ob sie von anderen als solche eingestuft werden. In einer Befragung in Bulgarien gab beispielsweise ein Drittel der Inter-

viewten aus der Kategorie «Zigeuner»-Haushalte an, direkte Verwandte zu haben, die nicht von «Zigeunern» abstammten. Sie hätten also ohne weiteres auch der Gruppe der «übrigen Bevölkerung» zugeordnet werden können. Zwei Drittel der Fremdkategorisierten nannten indes Hunger als zentrales Problem. Im Gegensatz dazu wurde dieser Punkt bei der übrigen Bevölkerung lediglich von 12 Prozent der Befragten genannt. Die sozio-ökonomische Situation scheint bei der Fremdkategorisierung eine grössere Rolle zu spielen als die Abstammung. Nicht geringere Widersprüche tauchen auch im Hinblick auf «die Sprache», «die Religion» oder «die Lebens- und Wirtschaftsweise» der «Zigeuner» auf. Unterschiedliche europäische Aussenseitergruppen in vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Kontexten und mannigfaltigen historischen Zusammenhängen wurden der Gruppe der «Zigeuner» zugeordnet; Gruppen, die sich selbst vielleicht eher als Fahrende, als Schausteller, Kesselflicker oder Hausierer verstanden. Bis heute wird die Fremdbezeichnung «Zigeuner» zuweilen mit Freiheit und Unabhängigkeit assoziiert, meistens aber mit Armut und Randständigkeit.

## Zur Situation der «Zigeuner» in Europa

In mittel- und osteuropäischen Ländern waren «Zigeuner» bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts sesshafte Leibeigene und mobile Handwerker. Sie besetzten klar definierte gesellschaftliche Aussenseiterpositionen. Unter kommunistischer Herrschaft galten sie als rückständiges «Lumpenproletariat». Zwar wurden «Zigeuner» als «Nation» oder «Nationalität» anerkannt, doch wurde davon ausgegangen, dass ihr Sonderstatus mit dem Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft an Bedeutung verlieren würde. In Ländern, in denen sich die marxistische Ideologie mit einem nationalistischen Traditionalismus vermischte, hatte dies häufig eine räumliche Segregation der «Zigeuner»-Bevölkerung zur Folge. Mit dem Zerfall der sozialistischen Staaten begann eine Zeit der Demokratisierung und der

«freien» Marktwirtschaft. Als unqualifizierte Arbeitskräfte waren die oftmals in unterprivilegierten Stadtteilen und Randbezirken lebenden «Zigeuner» in besonderem Masse von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch die Zugänge zu medizinischer Versorgung und Bildung waren für «Zigeuner» erschwert. In vielen postkommunistischen Ländern sind sie heute als nationale Minderheiten anerkannt, im Alltag jedoch häufig stigmatisiert, diskriminiert und ausgegrenzt.

In Westeuropa reisten Hausierer und mobile Handwerker im 18. und 19. Jahrhundert von Hof zu Hof und boten Waren und Dienstleistungen feil. Dies ermöglichte verarmten Bevölkerungsteilen ein wirtschaftliches Auskommen, führte aber nicht selten zum Verlust der bürgerlichen Rechte, was es wiederum unmöglich machte, sich an einem Ort niederzulassen. Viele westeuropäische Länder – unter ihnen auch der schweizerische Bundesstaat – schufen zu Beginn des 20. Jahrhunderts Gesetze, um die Einreise und die Bewegungsfreiheit der «Zigeuner» einzuschränken. Mit Hilfe von speziellen Registern wurden Personen, die man der Gruppe der «Zigeuner» zuordnete, systematisch ab- und ausgewiesen. In der Schweiz wurden «ausländische Zigeuner» verhaftet, in Gefängnisse gebracht und anschliessend ausgeschafft. «Einheimische Zigeuner» sollten im Gegenzug assimiliert werden: So sorgte beispielsweise das «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» ab 1926 dafür, dass Kinder von ihren fahrenden Familien getrennt und fremdplatziert wurden. Grosses Unrecht erlitten Personen, die als «Zigeuner» taxiert waren, während des Zweiten Weltkriegs. Wie die jüdische Bevölkerung mussten auch sie in nahezu allen europäischen Ländern um ihr Leben fürchten.

## Vernetzung über die Grenzen hinweg

Zwar verweist die Geschichtsforschung auf eine Vielzahl von Wanderbewegungen kleiner Gruppen, die ab dem 8. Jahrhundert nach Christus aus dem nordindischen Raum über Osteuropa gegen Westen wanderten und die sich durch eine sprachliche Verwandtschaft auszeichneten. Die Vermutung liegt nahe, dass die vielfältigen Marginalisierungen und Stigmatisierungen, welchen diese Gruppen ausgesetzt waren, und die Möglichkeit, untereinander zu kommunizieren, ein situativ erweiterbares Identitätsverständnis beinhaltete, welches offen genug war, um auch andere Gruppen mit einzuschliessen. Zur aktuellen transnationalen Vernetzung dieser Gruppen liegen aber kaum Monographien vor. Transnationalität zeichnet jedoch erwiesenermassen jene Bewegung aus, die ab den 1960er Jahren begann, sich für die Anliegen der Zigeuner einzusetzen. Zeitgleich mit der politischen Mobilisierung der Zigeuner in einzelnen west- und osteuropäischen Ländern entwickelte sich eine vorerst lose, mit der Zeit jedoch zunehmend institutionalisierte transnationale, gesellschaftskritische Elite, die auf die vielfältigen Repressionspraktiken in liberalen und kommunistischen Staaten der Nachkriegszeit reagierte. 1971 lud diese in London zum ersten Weltkongress ein. Das neugegründete «Internationale Komitee» beabsichtigte, eine panziganistische Identität zu entwickeln. Diese musste inhaltlich inklusiv genug

sein, damit sich Zigeuner, die sich durch vielfältige Lebensweisen auszeichneten, als homogenes Volk verstehen konnten. Andererseits musste sie sich klar von den Mehrheitsgesellschaften abgrenzen können. Ideengeschichtlich orientierte sich das Komitee an einem 200 Jahre alten Zigeunerdiskurs: Eine gemeinsame Sprache und Kultur waren die Kernelemente dieser «imaginierten Gesellschaft». Hinzu kam die Hervorhebung des Opferschicksals, welches in den Repressions-, Verfolgungs- und Vernichtungspraktiken des Nationalsozialismus gipfelte. Sieben Jahre später wurde diesem Konstrukt, anlässlich des zweiten Weltkongresses, das Element einer gemeinsamen indischen Abstammung hinzugefügt. In Anlehnung an ethno-nationale Bewegungen des 19. Jahrhunderts komponierten die Aktivisten eine Nationalhymne, entwarfen eine Nationalflagge und bezeichneten einen Nationalfeiertag. Die Bezeichnung «Zigeuner» wies die Bewegung als abwertende Fremddarstellung zurück; sie wurde durch den Begriff «Roma» ersetzt. Die Kategorie «Roma» ist weder eine historische Konstante noch eine natürliche Vorgabe, obwohl sie für all jene, die sich ihr zuordnen, identitätsbildend ist.

## Supranationale Organisationen und Minderheitenrechte

Die Roma-Bewegung situiert sich in einem Handlungsfeld, welches nicht nur geschichtlich, sondern auch politisch und ideologisch vorstrukturiert war. Während die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg in der Erklärung der Menschenrechte darauf verzichteten, den Schutz der Minderheiten zu thematisieren, kam es in den 1970er Jahren zu einer zunehmenden Sensibilisierung für das Thema. Inhaltlich schloss die Konstruktion der «Roma» als ethnische Minderheit mit klar unterscheidbaren kulturellen Merkmalen an diese Diskussionen an. Einige Aktivisten des politischen Flügels der Roma-Bewegung bemühten sich, ihre Anliegen in diese supranationale Or-

ganisation einzubringen. Im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen erwirkten sie für die International Romani Union einen Konsultativstatus.

Intensiviert wurden in der Folge auch die Kontakte zur Europäischen Gemeinschaft. In Kopenhagen trafen die Staats- und Regierungschefs der damals 12 Mitgliedsstaaten im Jahr 1993 Entscheidungen, welche auch für die Roma-Bewegung von historischer Tragweite waren: Allen Staaten Osteuropas, mit denen ein Assoziierungsabkommen geschlossen worden oder noch zu schliessen war, wurde in Aussicht gestellt, vollberechtigte Mitglieder der europäischen Union zu werden. Neben ökonomischen und verwaltungsrechtlichen Anforderungen sowie der Übernahme sämtlicher Rechtsvorschriften der Europäischen Union in nationales Recht, verlangte die Europäische Gemeinschaft von den Beitrittskandidaten im politischen Bereich Massnahmen, welche auf «eine institutionelle Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten» hinzielten. Mit diesen Entwicklungen eröffnete sich der Bewegung in den osteuropäischen Ländern, wo im Hinblick auf die Diskriminierung von «Roma» die grössten Defizite geortet wurden, ein wichtiges Betätigungsfeld. Die zahlreichen aus dem akademischen Flügel der Roma-Bewegung hervorgegangenen Forschungsinsti-

tute lieferten den internationalen Organisationen die Grundlagen zur Konzeption von Entwicklungsprojekten. Sie trugen das Bild der Roma als Opfer staatlicher Repression und Diskriminierung weiter, um deren Situation aktiv zu verändern.

Auch zum Europarat intensivierte die Roma-Bewegung die Kontakte. Dieser hatte jedoch einen weiteren geografischen Raum im Auge als die Europäische Gemeinschaft. In seinen im Jahr 1993 herausgegebenen Empfehlungen war nicht von «Roma» die Rede sondern von «Zigeunern» in ganz Europa. Die parlamentarische Versammlung verwies auf die Notwendigkeit, den guten Worten nun endlich Taten folgen zu lassen. Die «internationalen Zigeunervereinigungen» sollten als Partner in die Konzeption und Umsetzung von Projekten einbezogen werden. Auf die Empfehlungen folgte im gleichen Jahr die Resolution «Die Zigeuner in Europa: Rolle und Verantwortung der lokalen und regionalen Behörden». 2004 entstand auf Anregung des Europarats das europäische Forum der Roma und Fahrenden.

In der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE; seit 1995 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE) spielten Minderheitenfragen lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Aufgrund sicherheitspolitischer Erwägungen gewann der Minderheitenschutz nach Ende des Kalten Krieges und dem Ausbruch der Bürgerkriege in der Balkan-Region jedoch an Bedeutung. 1992 – ein Jahr bevor die UNO ein Hochkommissariat für Menschenrechte aus der Taufe hob – richtete die OSZE ein Hochkommissariat für Minderheiten ein und wurde ebenfalls zu einem wichtigen Partner der Roma-Bewegung.

## Transnationale Privatpolitik

Durch die transnationale Vernetzung gelang es, die rechtliche Situation der Roma in den 1990er Jahren zu verbessern. In vielen west- und osteuropäischen Ländern wurden Roma und Zigeuner als nationale Minderheiten anerkannt. Dennoch verschlechterten sich in vielen Staaten Osteuropas die Zugänge zu Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnraum. Staatliche finanzielle Mittel für konkrete, lokal verankerte Projekte, die es ermöglicht hätten, die Lage der Roma zu verbessern, flossen jedoch spärlich.

## **Un mode de vie transnational réel ou construit?**

**Aucun autre groupe ethnique que les Roms n'est autant mis en relation avec un mode de vie transnational. Et pourtant, que savons-nous à leur sujet? Qui sont les Roms? Combien sont-ils? Les chiffres diffèrent tellement selon les sources que l'on est enclin à supposer qu'ils reflètent davantage des intérêts subjectifs que des faits objectifs. Il est tout aussi ardu de cerner «l'essence des Roms». Nonobstant, dans les années 1970, une élite transnationale se fixa pour objectif de représenter les intérêts de ce groupe. Dans les années 1990, grâce à la collaboration de diverses organisations supranationales, il fut possible d'améliorer leur statut juridique. En Europe de l'Est, de nombreux projets locaux sont soutenus dans le cadre de la «décennie de l'intégration des Roms». On doit notamment leur réalisation au soutien apporté par des initiatives privées intervenant au sein de réseaux transnationaux.**

Mit dem bekannten Investor George Soros trat ein politischer Philanthrop auf den Plan, der bereits mehrere Milliarden Dollar in ein transnationales Netzwerk von Stiftungen zum Aufbau der Demokratie, Bildung und sozialen Gerechtigkeit investiert hatte. Der gebürtige Ungar war 1946 nach England ausgewandert, wo er an der London School of Economics den Philosophen Karl Popper kennen lernte. Auf dessen Konzept einer «Offenen Gesellschaft» aufbauend, entwickelte der heute in den Vereinigten Staaten lebende Soros seine eigene politische Philosophie. Zusammen mit der Weltbank, dem Entwicklungsprogramm der UNO, der Entwicklungsbank des Europarats und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE schoss Soros umfangreiche Mittel in einen Fonds ein. Im Rahmen der «Dekade der Roma-Integration», welche von 2005-2015 dauert, haben sich neun osteuropäische Staaten bereit erklärt, die Situation ihrer Roma-Minderheiten in Zusammenarbeit mit lokalen Roma-Organisationen aktiv und mit den Mitteln aus dem Fonds signifikant zu verbessern. Auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) beteiligt sich an dieser Initiative.

Trotz dieser Anstrengungen verwies José Manuel Barroso anlässlich des Ersten Roma-Gipfeltreffens der Europäischen Union, welches am 16. September 2008 in Brüssel stattfand, auf die seines Erachtens immer noch inakzeptable Situation, in welcher ein Grossteil der Roma lebt. Besorgniserregend sei insbesondere, dass die Stigmatisierung der Roma auch in westeuropäischen Ländern an Terrain gewinne.

Dass Initiativen wie die Einberufung einer Roma-Dekade mit einhergehenden konkreten Projekten zustande gekommen sind, ist nicht zuletzt das Verdienst einer über die Grenzen hinweg stattfindenden Politik, welche die Interessen und Anliegen der Roma bündelt und in entsprechenden Gefässen auf internationaler Ebene thematisiert. Der Roma-Bewegung ist es gelungen, unterschiedliche Institutionen, Gruppen und soziale Akteure an den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen um die legitime Definition dessen, was ein «Roma» ist, einzubinden. Die damit einhergehenden Grenzziehungen sind aber keineswegs neutral und unschuldig; sie grenzen ein und grenzen aus. Zu hoffen bleibt, dass die «Dekade der Roma-Integration» die Kluft zwischen «Roma» und Nicht-«Roma» zu schmälern vermag.

### **Literatur**

- Fleck, Gabor und Cosima Rughinis (Hrsg.): Come Closer. Inclusion and Exclusion of Roma in the Present-Day Romanian Society. Bukarest 2008.
- Ladányi, János und Iván Szelényi: Patterns of Exclusion: Constructing Gypsy Ethnicity and the Making of an Underclass in Transnational Societies of Europe. New York, East European Monographs No DCLXXVI, Boulder. Columbia University Press. 2006.
- Schär, Bernhard: «...wenn wir nicht mehr Zigeuner sein wollen, sondern Roma!». Roma-Eliten der Nachkriegszeit zwischen Versuchen der Interessenvertretung und den Versuchen des Zigeunerdiskurses. Lizentiatsarbeit in Neuester Allgemeiner Geschichte. Universität Bern. Historisches Institut. 2003.